

Sonderausgabe Personalratswahlen





LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopemikus-Straße 15, 55126 Mainz

In der Zeit vom Montag, 20.April 2009 bis Freitag, 24.April 2009 finden die Personalratswahlen statt. Ihr wählt Eure Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalräte, Gesamtpersonalräte und den Hauptpersonalrat.

Unser Apell an alle Kolleginnen und Kollegen:
Geht zur Wahl!
Nutzt im Verhinderungsfall die Briefwahl!
Wählt die GdP!

ACHTUNG! Während der Wahlen verlost die GdP jeden Tag ein Netbook. Auf der Homepage der GdP <u>www.gdp-rp.de</u> werden die Gewinner täglich veröffentlicht. Folge dem Link "Personalratswahlen".



GdP am 1. Mai dieses Jahr in Frankenthal



Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften laden in vielen Städten und Gemeinden des Landes zur traditionellen Maifeier ein.

Die zentrale Kundgebung für Rheinland-Pfalz wird wieder in Mainz in der Alten Patrone stattfinden. Gestört wird der "Tag der Arbeit" durch die Anmeldung von Nazi-Demonstrationen. Bei der Gegenkundgebung des gemeinnützigen Vereins "Rheinhessen gegen rechts" wird GdP-Sekretär Markus

Stöhr sprechen. Die Veranstaltung wird von einem breiten demokratischen Bündnis getragen. Bei der 1. Mai Feier des DGB in



Frankenthal wird Koll. **Ernst Scharbach** die Mairede halten.

Quo vadis Polizei RLP?

Der Doppelhaushalt 2009/2010 hat zwar im Bereich der **Beförderungen** Verbesserungen gebracht und auch bei den Einstellungen hat man noch was drauf gelegt, aber leider zu wenig. Überall erklären jetzt die Politiker warum für die Polizei nicht mehr drin war. Kein Geld, Finanzkrise, Bildung stärken. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Parlament offensichtlich keine Handlungsspielräume mehr hat. Die CDU-Fraktion hatte die Forderungen der GdP aufgenommen und eigene Anträge zum Haushalt beschrieben. Leider sah sich die SPD nicht in der Lage mehr zu tun.

Für den **Personalbereich** bedeutet dies einen Personalabbau um ca. 300 bis Ende 2013. Dies ist unweigerlich vorgegeben, da die sich aus dem Haushalt ergebenden Einstellungen nicht ausreichen, um die Personalabgänge 2012 und 2013 zu kompensieren. Die Dienststellen im Rheingraben und die Bereitschaftspolizei

werden 2009 zwar eine leichte Steigerung des vorhandenen Personals spüren, dies ergibt sich jedoch aus dem Abschluss der Aufstiegsausbildung (ASA), weil die 140 Kolleginnen und Kollegen im Sommer zu ihren Dienststellen zurückkehren. Da die ASA ausgelaufen ist, müssen keine weiteren Abordnungen getragen werden.



Aber wie sieht es denn in den Dienststellen aus? In Teilen des Landes sind die Mindeststärken im Schichtdienst nur noch zu halten durch die Rotationskräfte der Bereitschaftspolizei. Manche Dienststellen müssen zeitweise ihre Tore schließen, um nachts dem Bürger helfen zu können. Bei manchen Dienststellen sollen



technische Voraussetzungen geschaffen werden, Telefon-Anrufe oder das Klingeln an der Dienststellentür weiterzuleiten, falls die Dienststelle nicht besetzt ist.

Sieht so die Zukunft aus?

Dort wo "Polizeiinspektion" auf dem Türschild steht, muss auch eine Polizeiinspektion drin sein und keine verkappte Polizeiwache. Wir brauchen Personal, um die Inspektionen rund um die Uhr besetzen zu können.

Wer dies nicht will, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Polizeiinspektionen zukünftig geschlossen oder in Wachen umgewandelt werden sollen. Im Kommunalwahlkampf sicherlich kein Wunschthema für die Politik, aber wir haben uns auch mehr gewünscht.

Die **Bereitschaftspolizei** ist kaum mehr in der Lage, alle Einsatzwünsche zu erfüllen. Es kann nicht angehen, dass Einsatzzeiten bis auf 23 oder 24 Stunden ausgedehnt werden müssen, weil das notwendige Personal für die Ablösung nicht vorhanden ist. Der Einsatz von MEG's ist keine adäquate Lösung, denn diese Kolleginnen und Kollegen fehlen dann in den Schichten auf den Dienststellen. Die Personalknappheit im Wechselschichtdienst wird dadurch weiter verschärft. Auch die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei haben Familien und damit auch das Anrecht mal einige Wochenenden frei zuhaben.

Die GdP hat bei der **Schichtdienstkonferenz** die Forderungen für eine Stärkung und bessere Bezahlung des Schichtdienstes erarbeitet. Wir wollen diese Forderungen umsetzen und benötigen dafür eure Unterstützung und Stimme bei den Personalratswahlen!

Und übrigens: 2003 hat die GdP mit Unterstützung von Walter Zuber die Zahlung von **Leistungszulagen** und Prämien bei den Polizei-Beamtinnen und -beamten verhindert. Das Geld wurde für Beförderungen und Einstellungen genutzt – das hilft allen, nicht einigen wenigen.

2009 wurde die Leistungsbezahlung im Tarifbereich (auf Einsicht der Arbeitgeber!) wieder abgeschafft, auch diese kamen als Leistungselemente nie zum Tragen.

Wir brauchen keine Leistungsbezahlung für einige wenige, wir brauchen bessere Eingruppierungen, bessere Beförderungsmöglichkeiten, mehr Tarifpersonal und mehr Polizeibeamtinnen und -beamte. Das ist der Weg. Keine Leistungsbezahlung als Rübe vor der Nase des Esels, nur damit er noch schneller rennt.

Für gerechte Bezahlung, Eure Stimme für die GdP Heinz Werner Gabler

Kriminalpolizei in der GdP

Wir sind eine Polizei; das ist der Grundsatz, der für die GdP gilt. Und doch gibt es innerhalb dieser Polizei zahllose Spezialitäten, die gleichberechtigt nebeneinander stehen und die volle Aufmerksamkeit verdienen.

Vor diesem Hintergrund kommt mir im GdP-Landesvorstand und im Hauptpersonalrat einerseits die Querschnittsaufgabe der "Betrieblichen Gesundheitsförderung" zu und andererseits habe ich Freude daran, den vielfältigen



Belangen der Kriminalpolizei die gebührende Geltung zu verschaffen. Das zu bearbeitende Spektrum ist kaum umfassend darstellbar; Hier einige Leitlinien und Schlagworte, die auch weiterhin in der Vertretungsarbeit eine Rolle spielen werden:

- Professionelle Weiterentwicklung des Landeskriminalamtes mit Kriminaltechnischem Institut und Vernetzung mit Hochschulen in kriminologischen Forschungsprojekten.
- Darstellung einer professionellen Kriminaltechnik mit entsprechender Unterbringung in JEDER Dienststelle.
- Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation ohne harte Brüche auf der Basis von organischen Entwicklungen, die vor Ort erkennbar werden. Beispiel: Die KI'en müssen in die Lage kommen, mit langem Atem "Bandenkriminalität" und andere Phänomene an der Schwelle zur OK zu bekämpfen.
- Die Kolleginnen und Kollegen der Kriminaldienste der PI'en werden oft unter Wert verkauft; hier ist kaum Spezialisierung möglich; hier muss jede/r alles können das muss besser gewürdigt werden. Das muss sich auch in Bewertungsmöglichkeiten ausdrücken.
- Bei stetig steigender Qualifikation und Fertigkeit der Schutzpolizei ist weiterhin KriPo-Präsenz rund um die Uhr erforderlich; intelligente Konzepte sind gefordert.
- Die Kriminalpolizei ist Vorreiter, wenn es darum geht, "Sachbearbeiter-Karrieren" bis nach A 13 darzustellen; künftig womöglich als Master-Studiengang, der auf der Bachelor-Ausbildung aufsattelt. Die A 12 muss für fachhochschulgebildete Polizistinnen und Polizisten erreichbar sein.
- Der Dienstzweigwechsel sattelt auf die FH/Bachelor-Ausbildung auf; eine Neuregelung steht an.
- Für die Fahndungseinheiten und K / 16 muss die Möglichkeit geschaffen werden, die "WSD-Zulage" (oder Vergleichbares) zu zahlen; die Zulage für die Spezialeinheiten muss dem Bund angepasst werden (Verdopplung).



Die Liste der Arbeitsfelder wäre nahezu beliebig fortsetzbar; auch im kriminalpolitischen Bereich bleibt viel zu tun:

Zusammenarbeit mit Steuerfahndung, neues POG, Leichenschau, Zuverlässigkeitsprüfung im Waffenrecht, Kommunalreform, Visier, Gewalttäterdatei, AMOK – um nur einige Stichworte zu nennen.

Langeweile kommt nicht auf und es ist gut, dass die GdP im Land durch den Fachausschuss Kriminalpolizei tatkräftig gestützt wird und auf diese Weise sprechfähig bleibt. Darüber hinaus haben wir für jede Kollegin und jeden Kollegen ein offenes Ohr und freuen uns über kritische Hinweise jeglicher Art.

K-Fragen sind GdP-Fragen: Eure Stimme für die GdP! Bernd Becker



"Kleine Taten, die man ausführt, sind besser als große, die man nur plant!"

Dieses Motto habe ich mir für 2009 an meine Pinnwand im Büro des Hauptpersonalrates in Mainz geheftet und will es - bei einer Wiederwahl - in der anstehenden Amtsperiode beherzigen.

Viele kleine Taten haben wir in den vergangenen vier Jahren ausführen können. Sei es die Fortzahlung Funktionszulage der fiir die ehemaligen Schreibkräfte nach Einführung des TV-L, sei es die Einstellung von Auszubildenden und Übernahme oder die Angestelltenoder Spezialistenprogramme.



Schwerbehindertenprogramme haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, Stellennachbesetzungen auch ohne eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre durchzuführen und diese Kolleginnen und Kollegen in der Regel wieder in feste Arbeitsverhältnisse zu bringen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Tarifbeschäftigte weiterhin an Stress- und Konfliktbewältigungsseminaren teilnehmen können und wir werden uns dafür stark machen, dass sie bei der Gesundheitsförderung geplanten behördlichen einbezogen werden. Internetzugang für alle Beschäftigten wurde durch die hartnäckige Einforderung des Hauptpersonalrats umgesetzt; die Prüfung, zu bestimmten Zeiten (z.B. Pausen) auch eine private Nutzung zuzulassen, ist noch nicht abgeschlossen. Durch die Auditierung der Polizei ist die Vereinbarung von Beruf und Familie verbessert Teilpersonalversammlungen worden. für die Tarifbeschäftigten zwischenzeitlich in fast allen Behörden und Einrichtungen selbstverständlich und sehr gefragt. Sie tragen dazu bei, die Beschäftigten ausführlich und umfangreich über die "speziellen" Themen aus dem Tarifbereich zu informieren.

Neue Herausforderungen bringt die Umsetzung des TV-L. Die jetzige Struktur der Stufenaufstiege ermöglicht es, bei überdurchschnittlichen Leistungen ab der Stufe 4 die erforderliche Stufenlaufzeit zu verkürzen. Die Übertragung von Führungspositionen auf Probe oder auf Zeit sind neue Instrumente, auch Tarifbeschäftigten Führungsaufgaben zu übertragen. Die im TV-L erstmals erwähnte Qualifizierung ist ein Angebot mit Gestaltungsmöglichkeiten. Sie dient



sicherstellen.

als ein Teil der Personalentwicklung und eröffnet neue Chancen für eine Fortentwicklung der Tarifbeschäftigten. Diese neuen Möglichkeiten gilt es in Dienstvereinbarungen festzuschreiben und sie dadurch für beide Seiten verbindlich zu machen. Eine neue Entgeltordnung, die zukünftig die Eingruppierung regelt, ist in Vorbereitung. Ihre Umsetzung erfordert ein hohes Fachwissen der damit

Betrauten, das wir durch jahrelange Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit

All diese "kleine Taten" beruhen auf der guten Zusammenarbeit des Hauptpersonalrates mit den Gesamtpersonalräten, den Personalräten der Einrichtungen und den örtlichen Personalräten. Unsere Personalratsarbeit wurde



und wird auch zukünftig durch ein enges Netzwerk gestärkt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Tarifbeschäftigten verfügen fast alle über langjährige Erfahrungen in der Personalratsarbeit. Wir gelten vor Ort als kompetente und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Wir tauschen uns regelmäßig aus, greifen Probleme auf und versuchen gemeinsame Lösungen zu finden. Die guten Kontakte zu den Personalreferaten des ISM, den Behörden und den Einrichtungen erleichtern unsere Arbeit. Als gleichwertige Verhandlungspartnerinnen und – partner ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Grundstock für unsere erfolgreiche Personalratsarbeit.

Intensive Schulungsprogramme zum Landespersonalvertretungsgesetz, zum Tarifvertrag der Länder, zum Schwerbehindertengesetz oder zu Arbeitsschutzmaßnahmen bilden unsere Personalratsmitglieder ständig weiter und sorgen für das notwenige Werkzeug, um verantwortungsvolle Personalratsarbeit leisten zu können.

Denn: Personalratsarbeit ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die sowohl Rechte als auch Pflichten mit sich bringt. Es steht nicht im Ermessen oder gar im Belieben eines Personalrates, ob er seine Aufgabe wahrnimmt oder nicht. Das Landespersonalvertretungsgesetz schreibt eindeutig vor, dass der Personalrat darüber zu wachen hat, dass die zugunsten der Arbeitnehmer/innen geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Dienstvereinbarungen durchgeführt werden. Ein Personalrat, der dieser Aufgabe nicht nachkommt, verletzt seine gesetzlichen Pflichten.

Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP, wissen um die Verantwortung und nehmen sie ernst. Wir stehen für alle Tarifbeschäftigten mit unserer Kompetenz und mit unserem Fachwissen engagiert für weitere vier Jahre Personalratsarbeit zur Verfügung.

Für den Tarifbereich gibt es keine Alternative: Wähle GdP Margarethe Relet

Personalvertretungsgesetz muss Veränderungen erfahren

Wichtige Weichen für die Veränderung zum Landespersonalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz stellt derzeit der DGB mit seinen Gewerkschaften. Eine Arbeitsgruppe, bei der auch die GdP durch Margarethe Relet, Helmut Knerr und



Ralf Schreiber vertreten ist, versucht verschiedene Schwerpunkte zur Veränderung des Gesetzes vorzubereiten. Intensive Vorarbeiten innerhalb der Gewerkschaften sind hierzu notwendig. Gilt es doch eine Rechtsmaterie zu überarbeiten, die zum einen für die Interessenvertretung wichtige Grundlage für ihre Arbeit darstellt, zum anderen aber auch verschiedene rechtliche Betrachtungen bei Gerichten in der Vergangenheit unterzogen wurde. Gerade die Rechtsprechung lässt aber gesetzgeberische Spielräume zu. Diese gilt es zu nutzen.

Zielsetzung ist es für die GdP, die Rechte der Interessenvertretungen zu stärken. Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte gilt es im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeit im Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des LPersVG RP auszugestalten. Der Katalog der Mitbestimmungsrechte in den §§ 73, 78, 79 und 80 LPersVG wird in der beim DGB gegründeten AG derzeit



überarbeitet. Die DGB-Vorschläge werden dann der Landesregierung zu weiteren politischen Bewertungen übergeben.

Helmut Knerr, stellv. GdP-Landesvorsitzender: "Interessenvertretung für die Kolleginnen und Kollegen ist heute wichtiger denn je. Unterschiedliche Auffassungen zwischen Führungs- und Arbeitsebene gilt es mit gesetzlichen Spielregeln in geordnete Bahnen zu lenken. Hierzu brauchen wir ein LPersVG mit ausgewogenen partnerschaftlichen Regelungen".

Ministerpräsident Kurt Beck signalisierte bei der letzten Gesprächsrunde mit dem DGB seine Bereitschaft, noch in dieser Legislaturperiode den Änderungsprozess zum LPersVG zu starten.

Sicheres Personalrecht, kompetente Personalräte, starke Gewerkschaft: Eure GdP

Helmut Knerr

Stellenpool ist ausgereizt

Bei der Bereitschaftspolizei wurde zum Ausgleich für elternbedingte Fehlzeiten ein Stellenpool geschaffen. Die Zahl der Anträge hat sich jedoch dermaßen erhöht, dass

sich das Ministerium gezwungen sah, die Plätze für die fünf Präsidien zu kontingentieren. Koblenz, Mainz, Ludwigshafen haben ihre Kontingente (18, 17, 15) ausgereizt. Kaiserslautern hat 3 von 4 in Anspruch genommen. In Trier gibt es noch Möglichkeiten (5). Der sogenannte Stellenpool ist eigentlich eine Mogelpackung. Es hat nie echte Mehreinstellungen gegeben, um für Elternzeiten vorzusorgen. Die Politik ist aufgerufen diesen Mangel zu beseitigen, fordert **Steffi Loth**.

Für familienfreundliche Arbeitsbedingungen: Die GdP



GdP-Phone kommt nach Rheinland-Pfalz

Ab dem 07. Mai erhält jedes GdP-Mitglied ein Handy (SAMSUNG E1120) mit SIM-Karte. Hiermit bekommt jeder kostenfreien Zugang zum GdP-Netz. Dies bedeutet, dass ihr alle GdP-Mitglieder und alle Dienststellen in Rheinland-Pfalz völlig kostenfrei anrufen könnt und ihr seid natürlich aus allen Netzen erreichbar. Wer will, kann sein Handy auch kostenlos freischalten lassen. Dadurch könnt ihr in

alle Netze günstig telefonieren (z.B. ins deutsche Festnetz für 3 Cent die Minute, bei sekundengenauer Taktung). Es entsteht auch hier keine Grundgebühr. Außerdem könnt ihr euch Partnerkarten (je Karte 5 Euro Bearbeitungsgebühr) bestellen. Auch mit diesen Karten könnt ihr untereinander kostenlos telefonieren. So hat man eine familieninterne kostenlose Flatrate.

Nähere Informationen über eure Kreisgruppe oder www.gdp-phone.de

Immer eine gute Verbindung: Mit unserer GdP Ralf Schreiber





Nicht nur eine neue Küche für die PI Bingen

Am Samstag dem 10.01.2009 hatten der GdP-Kreisvorsitzende, King Karl Bodtländer, und der GdP-Landesvorsitzende, Ernst Scharbach, zusammen mit dem



Personalratsvorsitzenden, Gerhard Remmet, den Wechselschichtdienst der PI Bingen besucht. (s.a. 'Kurz berichtet' vom Januar 2009) Im Rahmen dieses Besuches kam zum Ausdruck, dass die Küchenzeile im Wachbereich lediglich noch Sperrmüllniveau entspricht. Immerhin war das Teil noch aus der alten Dienststelle ausgebaut und im Neubau der PI so gut es ging wieder eingebaut worden. Dies war vor 8 Jahren.

Der Personalratsvorsitzende Gerhard Remmet nahm das Thema sogleich auf und trug es mit dem GdP-Bezirksvorsitzenden Ingo Schütte beim Leiter PV im PP Mainz vor. Ein unverzüglich angesetzter Ortstermin bestätigte den desolaten Zustand und endete mit der Zusage eine neue Küche schnellstens zu beschaffen. Dank dem unverzüglichen Einsatz des Personalratsvorsitzenden und des GdP-Bezirksvorsitzenden zu einem Zeitpunkt da noch ausreichend Mittel zur Verfügung standen, konnte die neue Küche Anfang April schon eingebaut werden.

Um die Freude an der neuen Küche abzurunden gibt die GdP Kreisgruppe für das Kücheninventar (Töpfe und Teller) einen Zuschuss von 100,-- €, (5 Dienstgruppen x 20,-- €) der am 14.04.2009 an den stellvertr. Dienststellenleiter, Michael Masius, übergeben werden konnten.

Auch dies ist wieder einmal Beleg dafür, dass der GdP die Sorgen und Anliegen des Wechselschichtdienstes besonders am Herzen liegen und gemeinsam mit den GdP-Personalräten schnelle, pragmatische Lösungen herbeigeführt werden.

Personalratswahlen 20. bis 24. April 2009

stark sicher kompetent

Liste GdP

